

Beschluss Nr. 34/2022
Vorlagen-Nr. 33/2022

Gegenstand des Beschlusses:

**Bewilligung von Mehrausgaben gemäß § 58 Thüringer Kommunalordnung
(ThürKO)**

Der Kreistag Gotha beschließt:

- 001 Für die Haushaltsstelle 01.43621.54001 – Soziale Betreuung Ukrainer – werden außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 434.400,00 Euro bewilligt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

Eckert
Landrat

Siegel

DER KREISTAG

Genehmigung Nr. 040 zu außerplanmäßigen Ausgaben im Haushalt 2022

1. Finanzbedarf

Haushaltsstelle: 01.43621.54001
Bezeichnung: Soziale Betreuung Ukrainer
Amt: Sozialamt
Betrag: 434.400,00 Euro

2. Deckungsquelle

Als Deckungsquelle zur Finanzierung wird folgende Haushaltsstelle benannt:

01.90000.04100 – Schlüsselzuweisung vom Land

3. Berechnung der Gesamtausgabe

Haushaltsansatz und Haushaltsrest	0,00 Euro
Bisher zusätzlich bereitgestellte Mittel	0,00 Euro
Neu beantragte Mittelverwendung	<u>434.400,00 Euro</u>
Voraussichtliche Gesamtausgabe	434.400,00 Euro

4. Erläuterungen

Im vorliegenden Fall ist die Mehrausgabe erforderlich für die Kosten der sozialen Betreuung für die Geflüchteten aus der Ukraine als Pflichtaufgabe des Landkreises Gotha im übertragenen Wirkungskreis. Infolge der militärischen Invasion der russischen Streitkräfte am 24.02.2022 in der Ukraine kam es zu einer Massenzuwanderung von geflüchteten Personen nach Deutschland. Aktuell sind im Landkreis Gotha über 1700 leistungsberechtigte Personen zu verzeichnen, die einer sozialen Betreuung bedürfen

Die entstehenden Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

- Johanniter für 09-12/2022:
Bereich A: 23.843,46 € x 4 Monate = 95.373,84 €
Bereich B: 15.166,28 € x 4 Monate = 60.665,12 €
Gesamt = 156.038,96 €
- RomnoKher Thüringen e.V. für Volksgruppen der Roma für 08-12/2022
6.800,00 € x 5 Monate = 34.000,00 €
- Sonderaufwand Sozialbetreuung Turnhallen durch ILG ab 15.03.2022
244.322,00 € für 2022

156.038,96 € + 34.000,00 € + 244.322,00 € = 434.360,96 €
gerundet = 434.400,00 €

Bei der Haushaltsplanung konnten die entstandenen Mehrausgaben für die massive Zuwanderung von Vertriebenen aus der Ukraine nicht berücksichtigt werden.